

II-2168 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1182/J

1991 -05- 2 9

ANFRAGE

des Abgeordneten Wabl, Freunde und Freundinnen

an den Bundesminister für Justiz

betrifft Strafanzeige aufgrund des Rechnungshofberichtes 1989

Der Rechnungshof hat in seinem Nachtrag zum Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes für das Verwaltungsjahr 1989 unter Punkt 68 (Fernmeldehochbau) bemängelt, daß es bei den Bauprojekten eines Bauleiters jahrelang zu Baukostenüberschreitungen zwischen 10 und 60 % gekommen sei. Außerdem sei fast immer ein und dasselbe Bauunternehmen mit der Ausführung beauftragt worden.

Der gesamte Schaden, der vom Bauleiter verursacht wurde, wird vom Rechnungshof mit 25 Mio Schilling geschätzt. In diesem Rechnungshofbericht wurde ausdrücklich auf die Firmenbegünstigungen hingewiesen.

Aus all diesen Gründen stellen die unterfertigten Abgeordneten folgende

ANFRAGE:

1. Wurde an die zuständige Staatsanwaltschaft eine Anzeige erstattet?
2. Wenn ja, gegen wen wurde diese Anzeige erstattet?
3. Wurden aufgrund der Anzeige Erhebungen durchgeführt?
4. Gegen wen und in welchem Umfang wurden diese Erhebungen durchgeführt?
5. Welches Ergebnis brachten diese Erhebungen?
6. Wurde aufgrund der Erhebungen eine Anklageschrift erstellt?

7. Welche Anklagepunkte enthielt diese Anklageschrift?
8. Kam es aufgrund der Erhebungen zu einem Strafverfahren gegen die Verantwortlichen? Wenn nein, warum nicht?
9. Ist oder war aufgrund des entstandenen Schadens ein Zivilverfahren anhängig? Wenn ja, wer wurde geklagt?
10. Gibt es diesbezüglich bereits ein rechtskräftiges Urteil?